

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Fredi Winter, Harald Schweitzer und Thorsten Wehner (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

### Innovationscluster im nördlichen Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 1148** vom 17. Dezember 2007 hat folgenden Wortlaut:

Der Westerwald soll nach dem Willen der Landesregierung zur Innovationsregion der Branchen Metall und Keramik ausgebaut werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Errichtung eines Innovationsclusters im Einzelnen?
2. Welche weiteren Schritte bzw. regionalen Beteiligungen sind bei der Errichtung des Innovationsclusters geplant?
3. Mit welcher finanziellen Förderung wird das Innovationscluster aufgebaut werden können?
4. Welche landespolitischen Ziele verfolgt die Landesregierung mit der Strategie der Clusterbildung?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Januar 2008 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Das „Innovationscluster Metall & Keramik“ soll dazu beitragen, die Region Westerwald zu einer Innovationsregion der Branchen Metall und Keramik zu entwickeln.

Hierzu werden zunächst von einem Clustermanagement, das aus Persönlichkeiten aus der regionalen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung besteht, geeignete Kompetenzen identifiziert und Handlungsfelder definiert. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Wirtschaft, Forschung und Entwicklung sowie Bildung und Kommunikation. Das Clustermanagement arbeitet hierbei eng mit der regionalen Wirtschaft und relevanten Einrichtungen zusammen.

Nach Abschluss dieser Vorarbeiten soll das „Innovationscluster Metall & Keramik“ etabliert werden. Dies beinhaltet u. a. die Einrichtung eines Clusterbeirats (Mitglieder der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Verbände und der kommunalen Gebietskörperschaften) und eines sich daraus zusammensetzenden Lenkungskreises.

Darüber hinaus sollen bei den drei regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften die personellen Voraussetzungen für Arbeit im Cluster geschaffen werden.

Auf Grundlage der o. g. Handlungsfelder sollen hierdurch konkrete Aktivitäten entwickelt werden. Hierzu können nach ersten Überlegungen folgende Maßnahmen in Betracht kommen:

- Einrichtung eines Inkubatoren- und Innovationszentrums im Technologiezentrum für Oberflächentechnik in Rheinbreitbach,
- Ausbau und Weiterentwicklung des regionalen Anwendungszentrums für Simulation (ANSIT) zu einem „Demonstrationszentrum für Metall und Engineering“ im Landkreis Altenkirchen,
- Aufbau eines Qualifizierungs- und Beratungszentrums „Schweißen“ mit der Handwerkskammer Koblenz in Wissen,
- Entwicklung eines Europäischen Zentrums für Feuerfeste Technologien in Höhr-Grenzhausen.

b. w.

Zu Frage 3:

Für die o. g. Maßnahmen stellt das Land Rheinland-Pfalz in den nächsten fünf Jahren ein Fördervolumen von rd. 10 Mio. € aus EU- und Landesmitteln zur Verfügung.

Zu Frage 4:

Nach Auffassung der Landesregierung erfordert der Strukturwandel in der Wirtschaft eine Ausrichtung auf Zukunftsmärkte, innovative Produkte und Dienstleistungen. Eine Erneuerung der regionalen Wirtschaftsstruktur durch Innovation ist daher wesentlich für die Schaffung und Erhaltung zukunftssicherer Arbeitsplätze.

Die Clusterstrategie ist dazu geeignet, regionalspezifische Wachstumsbranchen und Netzwerkstrukturen zu erkennen und zu fördern. Daher stellt die Entwicklung regionaler Branchen- und Innovationscluster eine wesentliche Aufgabe und Zielsetzung der Wirtschaftspolitik der Landesregierung dar.

Hendrik Hering  
Staatsminister